



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
Assyrischen Jugendverbandes Mitteleuropa e.V.**

**1. In der Armenien-Resolution wurden die Assyrer und weitere christliche Minderheiten beiläufig erwähnt. Dies verhöhnt die nicht armenischen Opfer und mindert ihr Leid und Entwurzelung. Werden Sie im Fall einer Regierungsbeteiligung würdige und eigenständige Anerkennung des Völkermordes an den Assyrern und Griechen anstreben?**

**Antwort:**

Der Deutsche Bundestag hat 2016 die fast vollständige Vernichtung aller betroffenen Gruppen als Völkermord anerkannt. Dies ist daher eine Anerkennung aller Opfer dieses Völkermords, auch wenn die Gruppe der Armenier besonders genannt wurde, denn die Menschenwürde gilt gleichermaßen für alle Menschen. Niemand darf wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

**2. Sollten Sie Regierungsverantwortung übernehmen, werden Sie den Völkermord auch auf Regierungsebene anerkennen und Druck auf die Türkei zur Aufarbeitung des Völkermordes ausüben?**

**Antwort:**

Die unionsgeführte Bundesregierung teilt die Ziele der Resolution des Deutschen Bundestages vom 2. Juni 2016 und versteht die Sprache der Resolution als politische und nicht als juristische Einordnung der Geschehnisse von 1915 und 1916. Letztlich obliegen die Erforschung und Bewertung der Ereignisse von 1915/1916 unabhängigen Wissenschaftlern. Die Bundesregierung hat die Akten des Auswärtigen Amtes als Quellen im Politischen Archiv zugänglich gemacht. Diese Akten können ebenso wie die in anderen Archiven der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Quellen ohne jede Einschränkung eingesehen werden. CDU und CSU ermutigen alle Nationen, sich auch den dunklen Seiten ihrer Geschichte zu stellen. Die Aufarbeitung der Geschichte ermöglicht eine Gestaltung der Gegenwart für eine bessere, gemeinsame Zukunft.

**3. Da die Assyrer von allen Kriegsparteien in Syrien im Stich gelassen und diskriminiert werden, welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Bekämpfung der Fluchtursachen der**

## **Assyrer in Syrien, insbesondere im Hinblick auf die von dem IS zerstörten Gebiete in Nordost Syrien?**

### **Antwort:**

Die gezielten und entmenslichenden Grausamkeiten durch den IS dürfen niemals vergessen werden. Wir gedenken der Opfer dieser Gräueltaten und der Überlebenden. CDU und CSU wollen dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit Geltung verschaffen und die kritische Lage religiöser Minderheiten verbessern, auch in Syrien. Insbesondere werden wir uns weiterhin beharrlich für verfolgte Christen einsetzen. CDU und CSU setzen sich ferner dafür ein, dass die Bundesregierung auch künftig für eine umfassende und gerechte politische Lösung im Rahmen der Beschlüsse der Vereinten Nationen arbeitet. Dazu gehört ein für alle Seiten einschließender politischer Prozess, der von den Vereinten Nationen moderiert wird. Zudem leistet Deutschland humanitäre Hilfe in umfangreichem Maße.

## **4. Die Erfahrungen seit dem Sturz vom irakischen Regime zeigen, dass die Assyrer kein Vertrauen in die bestehenden Sicherheitsstrukturen des Iraks (inklusive KRG) haben können. Würden Sie assyrische Autonomiebestrebungen im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts als indigenes Volk im Irak unterstützen?**

### **Antwort:**

Autonomierechte für die indigenen Völker, die wir unterstützen, sind bereits in der Verfassung des Iraks angelegt. Diese müssen im Alltagsleben verbindlich umgesetzt werden. Im März hat die irakische Regierung mit einem Gesetz das erste Mal den Genozid an Bevölkerungsgruppen rechtlich anerkannt und den Überlebenden der IS-Verbrechen Unterstützung zugesichert. Das ist ein willkommener und wichtiger Schritt, um das Vertrauen vieler Geflohener in ihre Heimat und die regionale Politik wiederaufzubauen. Entscheidend für verlässliche, dauerhafte Lebensperspektiven sind zudem die Überwindung der fragilen Sicherheitslage, der Aufbau einer guten Infrastruktur, die Klärung staatlicher Zuständigkeiten, die Schaffung von Beschäftigungsperspektiven sowie Maßnahmen zum guten Miteinander mit den sunnitischen Nachbarn.

**5. Seit Jahrzehnten werden assyrische Ländereien von kurdischen Kräften im Nordirak geraubt und vereinnahmt. Zum Teil wurden diese vom Baath-Regime enteignet und Enteignungen aktuell von der KRG fortgesetzt. Was werden Sie zur Rückgabe der Ländereien machen?**

**Antwort:**

CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass die Bundesregierung auch künftig sich gegenüber der irakischen Regierung und der kurdischen Regionalregierung dafür einzusetzen, dass die Rahmenbedingungen für Eigentumsübertrag wichtige Elemente für Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung sind. Die Bundesregierung soll sich auch dafür einsetzen, dass zu Unrecht erfolgte Enteignungen rückgängig gemacht werden.

**6. Jugendverbände, die ethno-religiöse Minderheiten aus dem Nahen Osten vertreten, werden an politischen Prozessen kaum beteiligt. Haben Sie konkrete Pläne zur Förderung der direkten politischen Teilhabe dieser Organisationen?**

**Antwort:**

Wir sind eine offene Demokratie, bei der sich alle Organisationen auf dem Boden des Grundgesetzes am politischen Meinungsprozess beteiligen können. CDU und CSU laden Vertreter von Organisationen ein, den Dialog zu suchen und im Hinblick auf gemeinsame Ziele zusammenzuarbeiten. Gleiches gilt für unsere gemeinsame Jugendorganisation, die Junge Union (JU). Vertreter von assyrischen Christen wirkten in der nun auslaufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages an der Arbeitsgruppe Verfolgte Christen der CDU Deutschlands mit.

**7. MJSO werden teilweise strukturell gefördert, jedoch nicht adäquat gemessen an der Jahrzehntelangen Vernachlässigung und daraus resultierenden fehlenden Entwicklungen. Wie wollen Sie die Arbeit von MJSO finanziell unterstützen, um den vernachlässigten Strukturaufbau dieser Organisationen zu fördern?**

**Antwort:**

Am 6. Juli 2018 wurde der Bundeshaushalt 2018 mit einer Erhöhung für die Jugendverbände um 2,6 Millionen Euro beschlossen. Ein großer Teil davon fließt in die Aufstockung der Förderung von Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO). Diese erhalten dadurch eine jahrelang geforderte finanzielle Mindestausstattung zum Erhalt und Ausbau ihrer bundesweiten Strukturen. Dies ist ein wichtiger Schritt im Prozess der Etablierung auf Bundesebene. Vor fast 20 Jahren wurde die Interkulturelle Öffnung der djo – Deutsche Jugend in Europa beschlossen, in deren Verlauf vier bundesweit agierende Migrantenjugendselbstorganisationen aufgenommen wurden:

- Der Kurdische Kinder- und Jugendverband KOMCIWAN e.V.,
- der Assyrische Jugendverband Mitteleuropa (AJM) e.V.,
- der Verein der russischsprachigen Jugend in Deutschland JunOst e.V.
- und Amaro Drom e.V., eine interkulturelle Jugendselbstorganisation von Roma und Nicht-Roma.

Seitdem setzen sie sich für die Anerkennung ihres gesellschaftlichen Engagements ein sowie für eine verlässliche und angemessene Förderung zum Aufbau nachhaltiger Strukturen. Migrantenjugendselbstorganisationen ermutigen Jugendliche zu politischer Teilhabe und selbstbestimmter Interessensvertretung. Sie übernehmen Verantwortung für gemeinnützige und gesellschaftliche Aufgaben und bieten Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen, die von den etablierten Jugendverbänden oft nicht erreicht werden. Durch die Erhöhung der Grundförderung wurde diese wichtige Arbeit anerkannt und gewürdigt. Die djo – Deutsche Jugend in Europa hat in einer Presseerklärung vom 29. August 2021 nicht kritisiert, dass die Förderung zu niedrig sei, sondern ausdrücklich den “Fachpolitikern im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (gedankt), die sich für die Erhöhung der Mittel und eine damit verbundene Vielfalt innerhalb der Jugendverbandslandschaft eingesetzt haben!“

**8. Oft wird „über“ Betroffene von Rassismus und nicht „mit“ ihnen gesprochen. Von den betroffenen Gruppen dienen nicht selten Organisationen, die fragwürdige Ideologien**

**vertreten, als Gesprächspartner für die Politik in Integrations- und Rassismusfragen.  
Welche Position vertreten Sie in dieser Thematik?**

**Antwort:**

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass auch künftig die Bundesregierung mit möglichst allen betroffenen Gruppen im Bereich der Integration über die Fragen der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus und des Antisemitismus sprechen, sofern sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.